

FDP hadert mit dem AHV-Steuer-Deal

Steuerreform I Dass die Zustimmung mit zwei Milliarden Franken an die Altersvorsorge erkaufte werden soll, stösst vor allem bei jungen freisinnigen Parlamentariern auf Widerstand

VON ROGER BRAUN

Die Einigung kam völlig überraschend. Noch letztes Jahr hatten FDP und SVP die Mehreinnahmen für die AHV heftig bekämpft, am Mittwoch dann die grosse Überraschung: Einstimmig sprach sich die Wirtschaftskommission des Ständerats dafür aus, der AHV mit 2,1 Milliarden Franken jährlich unter die Arme zu greifen, um im Gegenzug die Unternehmenssteuerreform zu retten (Ausgabe vom Donnerstag).

Auch wenn der Entscheid einstimmig zustande kam: Noch ist es zu früh, den grossen Durchbruch zu verkünden. Während SP und CVP die Einigung sogleich bejubelten, forderte die SVP die Aufnahme des Frauenrentenalters 65 ins Paket. Von der FDP war gar nichts zu hören. Mit gutem Grund. Denn innerhalb der freisinnigen Partei gibt es viele, die mit dem Entscheid unglücklich sind. Der Präsident der Jungfreisinnigen, Andri Silberschmidt, war vergangenen Sommer eine der lautstärksten Gegner im Abstimmungskampf um die Altersreform. Er sagt: «Mit dem Kuhhandel der Kommission bezahlen die Jungen die Unternehmenssteuerreform - das geht nicht!»

Gemäss dem Konzept der Kommission sollen Bund und Kantone die Unternehmenssteuern um 2,1 Milliarden Franken senken, um zu verhindern, dass bisher steuerprivilegierte Konzerne die Schweiz verlassen. Als sozialpolitische Ausgleichsmassnahme soll der gleiche Betrag jährlich in die AHV fliessen.

AHV-Reform rückt in weite Ferne

Für Silberschmidt ist das eine «Pflasterpolitik». «Anstatt, dass wir endlich die Umverteilung von Jung zu Alt angehen, werden die strukturellen Probleme der Altersvorsorge einfach mit Geld zugeeckt.» Für ihn ist es dringend notwendig, dass die AHV bei den Ausgaben ansetzt, um das Sozialwerk für die Zukunft zu sichern. «Wir können nicht immer älter werden und gleichzeitig mit 64 oder 65 in Rente gehen», sagt er. Silberschmidt verweist auf Aussagen von SP-Präsident Christian Levrat, wonach das Frauenrentenalter 65 mit der Einigung bis Mitte der 2020er-Jahre erledigt ist. «Geben wir der AHV zwei Milliarden Franken, wird das Interesse der SP an einer Altersreform auf null schrumpfen.»

Die FDP wird heute an der Fraktions-sitzung ihre Position bestimmen. Dem-



Andrea Caroni.



Andri Silberschmidt.



Damian Müller.

entsprechend vorsichtig äussern sich Parteivertreter. Doch gerade bei jüngeren Semestern ist der Widerwille deutlich. «Der Entscheid der Kommission macht mir Mühe», sagt FDP-Ständerat Andrea Caroni (AR). «Wenn sich alle Politiker am Tisch einig sind, dann ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass sie sich auf Kosten jener geeinigt haben, die nicht am Tisch sassen - nämlich der Jungen», kritisiert er.

«Schwierig zu verdauen»

Für Caroni gehen die Kompromisse nach links sehr weit. Ursprünglich hat-

te der Bundesrat als sozialpolitischen Anreiz 400 Millionen Franken für höhere Kinderzulagen vorgeschlagen. Daraus sind nun zwei Milliarden für die AHV geworden. «Damit haben wir das Zugeständnis an die Linke verfünffacht - und gleichzeitig eine echte AHV-Reform auf die lange Bank geschoben.» Caroni will dem Kommissionsentscheid einzig dann zustimmen, wenn es die einzige Möglichkeit ist, die Unternehmenssteuerreform zu retten. «Ich habe aber noch die starke Hoffnung, dass diese Reform zu einem besseren Preis zu haben ist», sagt er.

Kritik kommt auch von FDP-Ständerat Damian Müller (LU), der sich im Abstimmungskampf um die Altersvorsorge 2020 stark engagiert hatte. «Dieser Vorschlag ist schwierig zu verdauen», sagt er. «Mit der Zusatzfinanzierung von zwei Milliarden geben wir alle Zückerchen weg. Wenn es dann zur Altersreform kommt, haben wir der Linken nichts mehr anzubieten», sagt er. Müller kritisiert auch, dass sowohl bei der Altersvorsorge wie auch bei der Unternehmenssteuerreform zwei komplett neue Vorlagen entstünden - «und das, nachdem wir so lange bereits daran gearbeitet haben». Müller sagt, er lasse sich in der Fraktions-sitzung von den Gegenargumenten gerne positiv überraschen, «doch derzeit bin ich sehr kritisch.»

FDP-Nationalrätin und Sozialpolitikerin Regine Sauter (ZH) sagt, ihr Eindruck sei zwiespältig, sie werde aber wohl zustimmen. Zu wichtig sei die Unternehmenssteuerreform für den Wirtschaftsstandort Schweiz. Bei der Altersreform zählt sie auf die Einsicht der SP, dass die Altersvorsorge reformiert werden muss. «Die zwei Milliarden ändern nichts daran, dass der Handlungsbedarf gross bleibt», sagt sie.

Beim Bund wird das Geld knapp

Steuerreform II Gefährdet die CVP mit ihrem AHV-Steuer-Deal das eigene Prestigeprojekt, die Abschaffung der Heiratsstrafe?

VON DORIS KLECK

Die Medienmitteilung der CVP war selbstbewusst: «Steuervorlage 17: Die CVP setzt sich durch». Die Partei mochte ihre Freude darüber nicht verhehlen, dass der Kompromiss der ständerätlichen Wirtschaftskommission aus ihrer Küche stammte. Nämlich, dass für jeden Steuerfranken, der wegen der Steuervorlage 17 entfällt, ein Franken in die AHV fliessen soll. Derzeit geht man von einer Finanzspritze von 2,1 Milliarden Franken für die erste Säule aus. Die CVP, die sowohl bei der Rentenreform (mit der Linken) wie auch bei der Unternehmenssteuerreform III

(mit der Rechten) auf der Verliererseite stand, konnte sich also als grosse Brückenbauerin inszenieren.

Der Steuer-AHV-Deal hat allerdings einen hohen Preis. Für den Bund verdoppeln sich die Reformkosten beinahe. Die Steuervorlage 17 belastet die Bundeskasse voraussichtlich mit 900 Millionen Franken. Mit der Kompensationsmassnahme kommen - je nach definitiver Ausgestaltung der Steuervorlage 17 - nochmals 700 bis 900 Millionen dazu. Der Rest soll über eine Erhöhung der Lohnbeiträge finanziert werden. Die Grünliberalen kritisierten den «Kuhhandel» denn auch und monierten: «Mehrausgaben haben nichts mit einer Gegenfinanzierung zu tun - sie verschärfen im Gegenteil den Druck auf die Bundeskasse.» SVP-Fraktionschef Thomas Aeschi sagte gestern: «Ich befürchte, dass es für andere dringende Projekte eng werden wird.» Aeschi denkt dabei an die Reform der Verrechnungssteuer, die

1,15

Milliarden Franken kostet die Abschaffung der steuerlichen Benachteiligung von Ehe- gegenüber Konkubinatspaaren. 961 Millionen Franken entfielen auf den Bund, 197 Millionen auf die Kantone. Die grössten Profiteure wären 80 000 Doppelverdienerehepaare. Sie würden 726 Millionen an Steuern sparen.

Abschaffung der Stempelsteuer, die Beschaffung der Kampfjets - und die Abschaffung der Heiratsstrafe.

Letzteres ist ausgerechnet das Prestigeprojekt der CVP. Seit Jahren kämpft die Partei dafür, dass die steuerliche Benachteiligung von Ehe- gegenüber Konkubinatspaaren auch bei der direkten Bundessteuer aufgehoben wird. Der Bundesrat hat im März angekündigt, dass die Heiratsstrafe abgeschafft werden soll. Die Vorlage würde die Bundeskasse mit 961 Millionen Franken belasten. Als die Regierung die Massnahme beschloss, ging sie davon aus, dass der Bund finanziell genügend Handlungsspielraum dafür hat. Kommt der AHV-Steuer-Deal, ändert sich diese Ausgangslage. Die CVP liefert den Kritikern der Abschaffung der Heiratsstrafe - sie sprechen von einem «Phantom», weil nur 80 000 gut verdienende Zweitverdienerehepaare davon betroffen sind - ein neues Argument:

Das Geld ist zu knapp. Im Finanzplan geht der Bund 2021 von einem strukturellen Überschuss von 1,9 Milliarden Franken aus. Dabei sind die Kosten der Steuervorlage 17 berücksichtigt. Rechnet man mit 700 bis 900 Millionen Franken zusätzlich für die AHV aus der Bundeskasse, würde das Geld für die Abschaffung der Heiratsstrafe noch knapp reichen. Doch der Bundesrat hat auch bereits entschieden, dass er die Importzölle auf Industriegüter senken will, um die Hochpreisinsel zu bekämpfen: Kostenpunkt 500 Millionen Franken. Den Mitgliedern der Wirtschaftskommission wurde denn auch vorgerechnet, dass mit dem Steuer-AHV-Deal, der Abschaffung der Heiratsstrafe und der Industriezölle der Bundeskasse 2021 500 Millionen Franken fehlen würden. CVP-Ständerat Konrad Graber lässt sich von diesen Zahlen nicht beirren. Er ist sich sicher: «Das Geld wird auch für die Beseitigung der Heiratsstrafe reichen.»

INSERAT

Gültig Freitag + Samstag

WOCHENEND-KNALLER



Nescafé Gold

- De Luxe
- All'italiana
- Finesse

200 g

45%

6.95 statt 12.70




Viña Real Reserva

2014, DOCa Rioja, Spanien, 75 cl

50%

9.95 statt 19.90*



Marlboro Heets

- Amber Label
- Turquoise Label
- Yellow Label
- Bronze Label

Box, 10 x 20 Sticks

- 16 Fr.

64.- statt 80.-*

Einzelpackung: 6.40 statt 8.-*

20%

auf alle Champagner
und Schaumweine* -
auch auf bestehende Aktionspreise!

Gültig in allen Denner Verkaufsstellen, unter
denner.ch/weinshop und in der Denner App.

*Ausgenommen Online Specials.
Nicht mit anderen Gutscheinen und
Bons kumulierbar. Solange Vorrat.

*Konkurrenzvergleich

Aktionen gültig am Freitag, 18. und Samstag, 19. Mai 2018 / solange Vorrat / Druck- und Satzfehler vorbehalten / jetzt abonnieren: denner.ch/newsletter

Einer für alle **DENNER**